

Stadtrat bremst die Windkraft erstmal aus

Gremium beschließt Veränderungssperre und Aufstellung der Bebauungspläne.

Von Michael Paetzold

Osterode. Als Affront versteht die Firma von Helholt Consult die Entscheidung, die der Osteroder Stadtrat am Mittwochnachmittag in seiner Sitzung im Ratssaal gefällt hat, Bebauungspläne für die Feldflur auf den Gipsklippen und Uhrder Berg, verbunden mit dem Erlass einer Veränderungssperre, aufzustellen und damit die Aktivitäten des Unternehmens zunächst auszu-bremsen. Einfluss nehmen wollen Rat und Verwaltung damit zumindest auf die Höhe der acht geplanten Windkraftanlagen (wir berichteten).

Am Dienstag, also direkt nach der Sitzung des Bauausschusses am Montag, bei der dem Rat ein derartiges Vorgehen einstimmig empfohlen wurde, erreichte die Verwaltung

überraschend ein Schreiben der Rechtsanwälte des Unternehmens, in dem Rat und Stadt nahegelegt wird, von dem Beschluss Abstand zu nehmen: „Diese Vorgehensweise dient einzig dem Zweck, die Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zugunsten unserer Mandantschaft für das von ihr geplante Projekt zu verhindern...“, so die Anwälte.

Bezug auf dieses Papier und die an der Verwaltung seitens des Fraktionschefs der CDU, Albert Schickentanz, geübten Kritik, der ihr eine schlechte Informationspolitik und planerische Versäumnisse vorwarf und den scharfen Widerspruch von Bauamtsleiter Thomas Christiansen provozierte, nahm während der Ratssitzung Marcus Danne von der FDP. Sein Antrag, die Entscheidung zur Aufstellung der Bebauungspläne

zu vertagen, um nach der vorausgegangenen kontroversen Debatte und dem Schreiben der von Helholt Consult alle Sachverhalte noch einmal gründlich zu prüfen, führte zur Sitzungsunterbrechung, in der sich die Fraktionen noch einmal abstimmten. „Uns vorzuwerfen, wir seien untätig gewesen, ist schon ein starkes Stück“, die Stadt sei nicht die Genehmigungsbehörde, hatte Christiansen zuvor sauer auf die CDU-Schelte reagiert.

Nur Susanne Mackensen (CDU) und die drei FDP-Abgeordneten stimmten für die Vertagung, weil man laut Danne Zweifel am Verfahren habe und man eventuell etwas verabschiede, das hinterher Gerichte wieder kassieren könnten. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass ein Unternehmen in unsere planerische Hoheit eingreift“, zeigte sich

Raymond Rordorf von den Grünen über das anwaltliche Schreiben verärgert. Darin wird angekündigt, dass die Betreibergesellschaft für die zu errichtenden Windkraftanlagen ihren Sitz in der Stadt Osterode nehmen will, „so dass die Gewerbesteuererinnahmen zu 100 Prozent innerhalb der Stadt bleiben würden. Sollte das Projekt nicht realisiert werden können, könnte die Stadt daher nicht mit den erheblichen Einnahmen rechnen.“ Das bewertete Rordorf als Erpressungsversuch. Wie die Grünen blieb auch die SPD bei ihrer Linie. Fraktionschef Jörg Hüddersen: „Wir müssen alle Optionen nutzen.“ Letztlich geht es um eine Höhenbegrenzung der Anlagen, die sich eingerechnet der Abbruchkante der Gipsklippen optisch auf eine Höhe von über 300 Metern auftürmen. **Seite 4**